

Graf Beust +.

© Berlin, 24. October.

Am Sonntag in der Frühe ist Graf Beust auf seinem Gute bei Wien im Alter von 79 Jahren gestorben. Es bedurfte der Nachricht von seinem Tode, um in Erinnerung zu bringen, daß er noch gelebt. Denn seit vier Jahren, seitdem er aufgehört, Botschafter Oesterreichs in Paris zu sein, gehörte er zu den Toten, zu den vergessenen Männern. Nicht seine persönliche Lebenswürdigkeit, nicht seine gesellschaftlichen Tugenden, nicht seine gefällige, dilettantische Musfbegabung waren im Stande, auch nur die Duldung der sonst so toleranten Gesellschaft dem Manne zu sichern, der ein Deutscher war und dennoch im zwölften Jahre des Deutschen Reiches vor der literarischen Gesellschaft zu Paris sagen konnte: „Mon ame est reconnaissante, mon coeur est français!“ So sehr er vorher bei dem Kaiser Franz Josef in Gunst gestanden — und diese Gunst allein hatte ihn vier Jahre lang auf dem französischen, sieben Jahre vorher auf dem englischen Botschafterposten aufrecht erhalten — nach dieser Leistung war sein Verbleiben im Amte nicht mehr möglich. Er wurde unter dem üblichen Ausdruck für die Anerkennung seiner geleisteten Dienste verabschiedet „und ward nicht mehr gesehen“.

Worin seine Dienste für die habsburgische Monarchie bestanden? Er hat ihr den Dualismus gebracht; er hat das bis dahin noch leidlich einheitliche Reich gespalten und hat den Grund gelegt dazu, daß die czechischen Ansprüche auf die Stabilisierung eines selbstständigen Königreichs Böhmen sich auf ein von dem Kaiser Franz Josef gezeichnetes Rescript des Ministeriums Hofenwart berufen konnten. Ueber dieses Rescript stolperte Graf Beust als österreichischer Staatskanzler. Denn er hatte zwar den Kaiser auf die verhängnisvollen Folgen der Politik Hofenwarts aufmerksam gemacht, aber er hatte es erst gethan, nachdem jenes Rescript erlassen war, während es seine Pflicht gewesen wäre, rechtzeitig Einspruch zu erheben, ehe der Herrscher auf ein Engagement sich eingelassen. Der Ausgleich vom Jahre 1867, welcher den habsburgischen Staat von 10 zu 10 Jahren vor die Frage seiner Weiterexistenz stellt, ist des Grafen Beust einziges Werk, und dieses Werk ist für ihn charakteristisch. Nicht um Oesterreichs willen hat er es unternommen, sondern einzig aus Haß gegen Preußen und gegen das unter Preußens Führung erblühende Deutschland. Dieser Haß war die einzige Triebkraft aller seiner Handlungen und Unternehmungen. Und dennoch, so tief der Haß war, er vermochte nicht, ihn zu schnellem Handeln zu veranlassen. Immer und immer wieder veräuerte er den Anschluß, immer und immer wieder mußte er sehen, wie der beneidete Rival, Fürst Bismarck, ihm zuvorkam. Als im Sommer 1870 Kaiser Napoleon Preußen den Krieg erklärte, versicherte Graf Beust in einer Depesche an den Kaiser der Franzosen: „Wir betrachten Ihre Sache als die unsrige!“ Gemeinsam mit Italien war er zu einem Bündnis mit Frankreich gegen Preußen-Deutschland bereit, und schon hatte er 19 Millionen Gulden für Mobilisationszwecke ausgegeben, als die Schnelligkeit der deutschen Siege jenseits der Alpen wie in Wien die furchtbarsten Herzen erschütterte und zu einem zweiten Treubruch, diesmal gegen Frankreich, veranlaßte.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, daß die Machinationen, von denen wir eben haben sprechen müssen, weder im österreichischen, noch im italienischen Volk Anklang gefunden, daß ihr Ursprung vielmehr ausschließlich auf die Hof- und Diplomatenkreise hinweist; denn erst nach drei Jahren wagte man in Wien sich zu jener Ausgabe von 19 Millionen Gulden zu bekennen und dieselben im Wege der Indemnität bewilligen zu lassen. Seine Stellung in Oesterreich, überhaupt seinen Uebertritt in habsburgische Dienste verdankte Graf Beust dem Fürsten Bismarck, der ihn im Jahre 1866 als österr-

reichischen Unterhändler ablehnte. Zwischen diesen Staatsmännern waltete von Alters her ein tiefer Haß, der sich auf Seiten des Fürsten Bismarck nahezu zur Verachtung wandelte. Man erinnert sich, daß nach der Beseitigung des Grafen Beust vom österreichischen Reichskanzlerposten und seiner Ersetzung durch den Grafen Julius Andrássy Fürst Bismarck einmal im deutschen Reichstage Aufschluß gab über den Werth guter persönlicher Beziehungen zwischen den leitenden Ministern und bei dieser Gelegenheit seinem Vertrauen zu dem Grafen Andrássy beredte Worte verlieh, im Gegenzug zu dem tiefen Mißtrauen, welches ihn dem Grafen Beust gegenüber erfüllte, dem er einmal gesagt: „Ob Sie reden oder der Wind durch den Schornstein pfeift, gilt mir gleichgültig!“ Um diesen Haß, um diese Verachtung zu begreifen, muß man sich gegenwärtig halten, wie Graf Beust in seiner ganzen sächsischen Vergangenheit beflissen gewesen ist, immer neue Pläne auszudenken, welche kein anderes Ziel hatten, als die Vereitelung der deutschen Mission Preußens. Daß Graf Beust zu der Kategorie seiner Diplomaten gehörte, die auf dem deutschen Bundestage der Weisheit letzten Schluß darin erblickten, „in omnibus wie Oesterreich“ zu stimmen, ist bekannt. Welche Projecte immer Graf Beust entwarf, ob er ein Bündnis der vier deutschen Königreiche mit Ausschluß Preußens vorschlug, ob er im Jahre 1866 nach der Schlacht von Königgrätz seine Bemühungen darauf richtete, den Ausschluß Sachsens vom Norddeutschen Bunde zu erlangen und einen Südbund unter Sachsens Theilnahme zu errichten, ob er früher die Bildung eines Staatenhaufes vorschlug — eine deutsche Volksvertretung, in welche die Einzel- landtage Delegirte entsenden sollten — immer waren seine Pläne von der Absicht eingegeben, Preußens Einfluß zu schwächen. Gleich dem Grafen Brühl, dem er auch sonst in manchen Dingen ähnelte, träumte er von einer Reduction Preußens auf eine Markgrafschaft Brandenburg.

Als Diplomat gehörte Graf Beust der Metternich'schen Schule an. Da er nicht hoffen durfte, durch Sachsens Macht irgend etwas zu erlangen, so war er darauf angewiesen, die gewaltthätigen Mittel zu verschmähen und durch die leise Intrigue von Hof zu Hof zu wirken. Auf diesem Gebiete war er trotz Metternich ein Meister, und dieser Meisterschaft hat er es zu danken, daß er als Minister eines kleinen Staates überhaupt in die Lage kam, in der großen europäischen Politik eine Rolle zu spielen. Er reichte zurück in jene Tage, in denen selbst Großmächte keinen Anstand nahmen, sich diplomatische Hilfskräfte „auszuleihen“ und die wichtigsten Staatsgeschäfte durch „Staatsbediente“ ausführen zu lassen. Er war vielleicht der letzte jener Schaar, die wir die „Landsknechte der Diplomatie“ nennen möchten. Wenn der kleine sächsische Minister in den fünfziger Jahren den Vermittler abgeben durfte zwischen den Großmächten, die in der Krim hart aneinander gerathen waren, so entschuldigt dies einigermassen den Größenwahn, dem Graf Beust verfiel.

Einen „Landsknecht der Diplomatie“ nannten wir den Grafen Beust, und wie ein Landsknecht hat er in Sachsen, seinem Heimathlande, gewirksamkeit. Ein Verfassungsbruch machte ihm keine Scrupel und außerhalb seines Salons waren humanitäre Rücksichten ihm fremd. Wo ihm das Feld der Intrigue verschlossen war, versagten seinem Geiste alle Hilfsmittel, und sein ganzer Witz erschöpfte sich in der rücksichtslosen Anwendung der Recepte aus der reactionären Herenküche. Die Erinnerung an den Grafen Beust ist in Sachsen nicht erloschen; noch lebt dort ein Geschlecht, dessen Gedächtniß zurückreicht in die Tage, da die Edelfen des Volkes von dem Minister v. Beust in die Festungen und die Zuchthäuser des Landes geschickt wurden.

Ein kleiner Zug, der für den Verstorbenen charakteristisch ist, sei hier erzählt. Der sächsische Abgeordnete — später Mitglied des Reichstages — Justizrath Schaffrath war aus Dresden verwiesen. Eines Tages kehrte er, auf die Nachsicht der sächsischen Polizei rechnend, in

die Hauptstadt zurück und begegnete auf der Straße dem Minister von Beust, der ihn mit überströmender Lebenswürdigkeit begrüßte und ihm versichert, daß er sich über die Maßen freue, den bei aller politischen Gegnerschaft hoch geschätzten Mann zu treffen. Als Politiker thue man sich gegenseitig zwar alles Herzeleid an, den Charakter aber wisse man immer zu schätzen und hochzuhalten. Nachdem Graf Beust auf diese Weise seine Lebenswürdigkeit documentirt hatte, begab er sich nach Hause und verfügte, — daß Schaffrath auf der Stelle aus Dresden zu entfernen sei.

Vermuthlich hat Graf Beust Memoiren hinterlassen. Die Lectüre derselben wird recht interessant sein. Aber als historische Quelle werden sie schwerlich dienen können. Wäre man bei uns so willig wie bei den Türken, hervorragenden Diplomaten einen Beinamen zu geben, wäre man in der Wahl dieser Beinamen bei uns so aufrichtig wie bei den Türken, Graf Beust würde ähnlich heißen wie General Ignatiew, den die Muselmänner in gerechter Bewunderung seiner hervorragenden Fähigkeiten als „Vater der Lüge“ bezeichnen. Wir wollen höflicher sein und ihn Ignatiew II. nennen.

Deutschland.

Berlin, 24. October. [Der Antrag Hammerstein.] Die „Berl. Pol. Nachr.“ kommen nochmals auf die finanzielle Seite des Antrags Hammerstein zurück. Die betreffenden Ausführungen lauten:

Zur Beurtheilung der Frage, wie die finanziellen Leistungen des Staats der evangelischen Kirche gegenüber zu regeln sind, erscheint ein Rückblick auf die Entwicklung der betreffenden Positionen im Etat nicht ohne Interesse. Es kommen dabei zunächst die jezt als Cap. 111—113 im Etat ausgebrachten Positionen für Oberkirchenrath, Consistorien, evangelische Kirchen und Geistliche, sowie die Titel 4, 5 und 18 des Cap. 124 Cultus und Unterricht gemeinsam in Betracht. Letztere trennen allerdings die Ausgaben nicht nach Confectionen, so daß der Antheil der evangelischen Kirchen nur schätzungsweise sich ermitteln läßt. Aus dem Patronatsbau-fonds (Titel 4 Cap. 124) werden ferner auch Schulbauten bestritten, während einige kleine Posten, Titel 6, 9, 11 Cap. 124 des Etats, sich der Vergleichung völlig entziehen, weil eine entsprechende Specialisirung in den früheren Etats nicht stattfand. Geht man mit den hieraus sich ergebenden Vorbehalten an das vorliegende Zahlenmaterial, so ergibt sich, daß die jezt bezeichneten drei Capitel 1868 im Ganzen mit 1 652 612 M. gegen 2 540 451 M. im laufenden Jahre dotirt waren, mithin eine Aufbesserung von über 50 pCt. erbrachten. Die entsprechenden Posten des Capitel 124 für Cultus und Unterricht zusammen sind aber von 1868 bis 1886 von 2 059 326 M. auf 5 583 612 M., also um etwa 175 pCt. gestiegen. Schätzt man den Antheil der evangelischen Kirche an denselben auf etwa 75 pCt., so würde eine Zunahme der Staatsaufwendungen für dieselbe mit dem ersten Jahre der Erweiterung des Staatsgebietes bis jezt von rund 3 100 000 auf rund 6 700 000 M., also auf erheblich mehr als das Doppelte stattgefunden haben. Und zwar fällt die weitaus größte Vermehrung dieser Staatsausgaben für Zwecke des evangelischen Cultus in die Zeit von 1871 bis 1879. Während nämlich von 1868 die Ausgaben, welche jezt Cap. 111, 112 und 113 bilden, sich nur auf 1 845 566 Mark, also nicht um ganz 200 000 M., vermehren, und die den Cultus betreffenden Titel des Cap. 124 ziemlich unverändert blieben, hatten die letzteren 1879 bereits die Höhe von 2 381 077 M., die letzteren von 5 503 732 Mark erreicht, sind mithin von diesem Jahre bis jezt nur um etwa 60 bezw. 80 000 M. gestiegen. Man sieht hieraus, daß das Verhältnis der Staatsaufwendungen für die evangelische Kirche, und zwar sowohl absolut wie relativ in Bezug auf die katholische Kirche sich wesentlich gebessert hat, und daß die Besserung gerade in die Zeit fällt, aus welcher die jezt so sehr angefochtene Ordnung der Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche hervorging.

[Der Schluß der Jubiläums-Kunstausstellung] am 31. d. M. soll sich infolgedessen zu einem feierlichen gestalten, als am genannten Tage, und zwar Abends 7 Uhr, im Kaiserpaale des Ausstellungsgeländes eine öffentliche Festigung des Senats und der Mitglieder der königlichen Akademie der Künste stattfinden wird. Die Festigung wird durch ein Musikkonzert eingeleitet, hieran schließt sich eine Rede des Cultusministers Dr. v. Götzer und ein Hoch auf den Kaiser, als den Allerhöchsten Protector der Ausstellung. Die sodann von allen Anwesenden unter Musikbegleitung gesungene Nationalhymne bildet den Abschluß der Feier im

Der Genius und sein Erbe. *)

Eine Künstlergeschichte von Hans Hopfen.

Mit ein Paar wellläufigen Redensarten hält' er Ellen's Bruder vielleicht für sich einnehmen können. In seiner stolzen Zurückhaltung, in seiner steifen schweigenden Ehrlichkeit lag ein herbes Urtheil, das jenen verlegen mußte. Da einem solchen Menschen gegenüber auf die übliche Gegenfälligkeit des Lobes nicht zu rechnen war, so war natürlich in Carl's schlagfertiger Seele auch das Urtheil über Hugo's Bild in diesem Augenblicke schon gesprochen, obwohl er es noch gar nicht zu Gesicht bekommen hatte.

Das Urtheil über das Bild, und das über den Menschen nicht minder.

Ein paar Dinergäste, die jezt zum Gitterthor hereinkamen und von den Eltern begrüßt wurden, mahnten den Mann in den Pump-höfen, daß es Zeit wäre, seine Toilette zu verwandeln und sich von Gottlieb eiligst in seinen schwarzen Frack nebst Zubehör wickeln zu lassen.

Er lief ins Haus nur ganz obenhin die Redensart zurückrufend: „Wir reden ja wohl bei Tische weiter, Herr Knorr.“

Hugo schlug, ohne ein Wort zu sagen, den entgegengesetzten Weg nach dem Atelier ein.

„Wohin denn, Herr Knorr?“ rief Ellen, die nicht anders erwartete hatte, als daß der Freund sie ins Haus und in den Salon begleiten werde.

Dieser deutete mit einer verdrossenen kurzen Bewegung nach der Werkstatt.

„Was wollen Sie denn allein in Papas Atelier?“

„... Meinen Hut holen.“

„Den brauchen Sie ja beim Essen nicht.“

„Ich bleibe auch nicht zum Essen da.“

„Nicht? Warum nicht?“

„Ich bin nicht in hochzeitlichen Kleidern, wie Sie sehen. Und ich bin auch nicht geladen.“

„Unfinn. Wer fragt nach Ihren Kleidern! Wir sind ja ganz en petit comité. Papa zieht auch keinen Frack an. Und er hat Ihnen ausdrücklich gesagt, daß er nach Tisch mit Ihnen über Ihr Bild reden will. Also will er Sie doch über Tische behalten.“

„Wenn auch... Ich mag in dieser seiner heutigen Stimmung nicht beurtheilt werden. Und darum mit meinem Hut auch gleich mein Bild holen gehn.“

*) Nachdruck verboten.

„Hugo!... Pardon, Herr Knorr wollt' ich sagen (Ellen ward feuerroth über ihr Verprechen. Aber rasch gefaßt fuhr sie trotz ihrer flammenden Wangen mit erhobener Stimme fort), Sie sind doch nicht verletzt, weil Papa ärgerlich war? Sie haben keinen Grund! Ihr Verzeihen war wirklich ein peinliches Moment. Mußte für den Hausherrn ein solcher sein. Wir leben nun einmal in einer Welt, in der man gewisse Rücksichten zu nehmen hat. Und wir nehmen sie gerne. Soll das der Freundschaft Eintrag thun?“

„Nein, mein Fräulein! Und ich tadle mich mehr, als es Einer der Ihrigen in diesem Augenblicke thut... Aber, ich kam mit so ganz eigenthümlichen Gedanken hierher. Es hatte mich ergreifen wie Sturm des Herrn, es wehte mich ordentlich in Ihres Vaters Haus. Mit einer Brust voll Hoffnungen und Entschlüssen kam ich on. Des Bild sollte mir, wenn es Ihr Vater so beurtheilte, wie ich meinte, daß er es ohne Groll in den Augen beurtheilen würde... ja doch, es sollte mir zur Einleitung in eine Frage... eine Bitte... ein herzynniges Verlangen dienen... Ich kann es Ihnen so, ich kann es Ihnen jezt, nach diesem fatalen Auftritt und diesen spitzigen Worten nicht mehr sagen...“

„Auch mir nicht sagen?“ verzögerte sie langsam und hielt im Gehen inne, da Hugo jedes weitere Wort in der Kehle zu ersticken schien.

Sie waren redend bis vor die Thüre des Ateliers gekommen und standen nun auf dem Gang davor. Sie waren allein, ohne es gewollt zu haben. Doch traten sie nicht zusammen in den umfriedeten Raum ein. Hier außen auf dem Gange, wo von beiden Seiten die grünen Büsche des Gartens hereinsahen und die laue Sommerluft angenehm bewegt hinzog, meinten sie noch im Freien zu stehen, wenn sie überhaupt jezt noch Bewußtsein hatten, wo sie waren.

Mühsam rang Hugo nach Worten. Er ergriß Ellen's Hand heftig mit seinen beiden. Dann sprach er, seine Blicke in die ihrigen heftend: „Fräulein Ellen, ich werde mein Bild hier lassen. Noch ein paar Tage. Und Sie sollen mir das Urtheil sprechen. Sie allein! Frag ich doch nach keines Menschen Urtheil auf der Welt mehr, wenn Sie mit mir zufrieden sind.“

Ellen lächelte und sagte ganz leise: „Meister, ich bin sehr mit Ihnen zufrieden... von ganzem Herzen... und ich möchte Sie um kein Haar anders, als wie Sie sind!“

Es war nur ein halbverschluckter Schrei, den Hugo darauf aus-

stieß, und er drückte Ellen's Hände so fest an seinen Mund, daß er nicht weiter reden konnte noch wollte. Ein Jauchzen drängte sich aus seiner Brust; aber es durfte hier nicht laut werden.

Ellen nahm zuerst wieder das Wort: „Nun aber bleiben Sie doch zu Tische, lieber Freund?“

Hugo hob sein gluthrothes Angesicht von ihren weißen Händen empor und sah sie glückselig an: „Nein, nun erst recht nicht! Ich bin ein Ungeschickter. Wie ich nicht reden kann, wann ich soll, könnt' ich jezt nicht schweigen, da ich doch muß. Oder darf ich heute schon mit Ihrem Herrn Vater reden, Fräulein Ellen?“

Sie besann sich ein Weilchen und sagte dann, ihren lebhaften Wunsch bemerkend: „Nein, heute nicht! Sie haben Recht, Papa ist in spöttischer Laune, und die Gäste werden unser Haus auch nicht so früh verlassen, daß eine solche Unterredung nachher noch am Plage wäre. Aber...“

Er unterbrach sie im Ungestüm seines Glückes und sagte wieder ihre schönen Hände. „Aber ich darf auf Sie hoffen, Ellen?“

„Zuversichtlich, theurer Freund! Hoffen, wie auf Ihren sicheren Ruhm und auf Ihre ewige Seligkeit, wie auf Ihr eigenes Herz und auf die Treue Ihrer Braut!“

„Ellen!“ rief Hugo und küßte stürmisch ihre Hände.

Es wäre wohl nicht so ganz beim Händeküssen geblieben, aber aus der Villa her schollen jezt dumpfe Schläge auf dem Tamtam, zum Zeichen, daß die Suppe aufgetragen sei und die Hausfrau ihre Gäste einlade, sich ins Speisezimmer zu verfügen.

„Nun heißt es, gehen oder bleiben!“ sprach Ellen, während ihr die Thränen über das lachende Gesicht hinunterliefen.

Er versuchte ihr rasch mit seinem Tüchlein die Augen zu trocknen. Sie ließ es geschehen, daß er sie dabei fester an sein Herz drückte.

Dann sprang er von ihr weg, die Thür ins Atelier aufstoßend und spähte nach seinem Hute. Als er ihn ergreifen hatte und sich hastig umwandte, fielen seine Blicke auf sein eigen Bild, das unter der Menge der Nachwerke Karls mitten im Zimmer, wie mit leuchtendem Ernst, auf einer der Staffeleien thronte.

Es that's ihm an, es fesselte ihn wider Willen hier auf die Stelle. Er warf das Haar aus der Stirn und rief ganz leise das geliebte Mädchen beim Namen.

„Ellen!“

(Fortsetzung folgt.)

Ausstellungsgebäude, worauf ein gemeinschaftliches Abendessen im großen Restaurationsaal die Festtheilnehmer nochmals vereinigt. Schließlich sei bemerkt, daß die Ausstellung auch während der Festfeier gegen das gewöhnliche Entrée von 50 Pf. geöffnet bleiben wird.

[Lieutenant a. D. v. Hartung.] Wie Berliner Blätter berichten, soll das gegen den Lieutenant a. D. v. Hartung wegen Landesservatisschwebende Verfahren vom Reichsgericht eingestellt worden und Hartung auf telegraphisch aus Leipzig eingetroffene Weisung aus der Untersuchungs-haft entlassen worden sein.

* [Zur Feuerbestattung.] Die „Neue Flamme“ theilt mit, daß der Gothaer Delegirtenkongress zum Vorherrschen des Gesamttausches, welchem die Gesellschaft bis Ende 1887 obliegt, Herrn Obermedicinalrath a. D. Dr. Vir in Darmstadt gewählt habe; der nächste deutsche Congress findet daselbst im September 1887, der dritte deutsche und erste internationale Congress werden zusammen 1888 in Berlin tagen und eine umfassende Ausstellung der Cremation-Industrie arrangiren. — Der Berliner Verein hatte durch einen inneren Zwist 48 Mitglieder verloren, doch sind in der Zwischenzeit 61 Mitglieder beigetreten, so daß die Gesamtmitgliederzahl jetzt 648 beträgt. — Ein eigenthümliches Schicksal ist der Kasse des Vereins zu Theil geworden, welche ohne jeden Grund von dem aus dem Verein ausgeschiedenen, nicht wieder gewählten früheren Kassirer des Vereins zurückbehalten wurde. Diese Kasse, etwa 5000 M. in Effecten (preussische Consoles) und 170 M. baar, soll sich angeblich bei der Vereinigten Ministerial-, Bau- und Conscriptoral-Kasse (Niederwallstraße) deponirt befinden. Postlag und Staatsanwalt sind vergeblich angerufen worden, diese Kasse dem Verein zurückzugeben, der Verein muß sich dieselbe auf dem Wege des civilen Rechtsstreites erkämpfen. Dienstag, den 26. October, wird die Leiche der Frau Carolina Westmann, Mitglied des Vereins, durch den technischen Vereins-Commissar C. F. Abel in Gotha durch Feuer bestatet.

* Berlin, 23. Octbr. [Berliner Neuigkeiten.] In tiefe Verzweiflung ist einer unserer ersten Künstler und Professoren durch unbegreiflichen Leichtsinns verkehrt worden. Derselbe fuhr, wie dem „Dsch. Tagebl.“ ein Berichterstatter meldet, mit einer seiner liebsten Schülerinnen nach der Kunstausstellung mittelst der Pferdebahn. In der Nähe der Ausstellung angelangt, wartete er das Halten des Wagens nicht ab, sondern sprang ab, seine Begleiterin zu gleichem Thun mit den Worten auffordernd: „Springen Sie nur, ich werde Sie schon halten!“ Dieser Aufforderung kam die junge Dame nach, sie sprang, aber der Professor vermochte sie vor dem Hinfallen nicht zu bewahren, sie fiel auf das Straßenpflaster und wurde mit zerschmetterter Kniekehle, beinahe eine der schwersten Verletzungen, davongetragen. In welcher Stimmung ihr Lehrer sich befindet, läßt sich daher leicht nachfühlen.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 25. October.

Die Entscheidungsgründe des Oberlandesgerichts zu Breslau im Proceß Fiskus contra Kräder.

Die Gründe des Erkenntnisses, welches der vierte Civilsenat des hiesigen Oberlandesgerichts in Sachen Fiskus gegen Kräder wegen Herausgabe der Diäten gefaßt hat, lauten, wie folgt:

Der Beklagte hat als Abgeordneter des deutschen Reichstages an den Sitzungen desselben in den Jahren 1881 bis 1885 theilgenommen. Er gehört der Partei der Socialdemokraten an und hat zur Bestreitung seines Aufwandes in Berlin in dem vorgedachten Zeitraum aus einem durch freiwillige Beiträge seiner Parteigenossen zusammengebrachten Fonds Tagesgelder von mindestens 1501 Mark erhalten.

Auf diesen Thatbestand stützt Kläger und Berufungsläger seinen Berufungsantrag, indem er das in den Paragraphen 72, 173 und 205 Theil I Titel 16 des Allgemeinen Landrechts dem Fiskus verliehene Condictionsrecht deshalb für anwendbar erachtet, weil die Zahlung einem ausdrücklichen Verbotsgefehe, nämlich Artikel 38 der Reichsverfassung, zuwiderlaufe, mit derselben an sich auch unerlaubte Zwecke verfolgt würden. Die Entscheidung hängt sonach von folgenden beiden Fragen ab:

- 1) Enthält Artikel 32 der Reichsverfassung ein ausdrückliches Verbot dahin, daß dem Abgeordneten die Annahme von Diäten von Privatpersonen unterlag?
- 2) Ist bei Bejahung oder auch bei Verneinung vorstehender Frage das Condictionsrecht des Fiskus nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts begründet?

Daß der Artikel 32 der Reichsverfassung, welcher lautet:

„Die Mitglieder des Reichstages dürfen als solche keine Befolgung oder Entschädigung beziehen“, als ein ausdrückliches Verbotsgefehe sich darstellt, ist nicht in Zweifel zu ziehen, denn die Worte „dürfen keine . . . beziehen“ lassen sich eben nur als Unterjagung, als Verbot eines Bezuges auffassen. Es fragt sich aber, weiter, ob dieses Verbot in Hinsicht der Bezugsquelle ein allgemeines sei, so daß die Annahme von Geldern zur Bestreitung der Aufwandskosten in

Berlin sowohl aus öffentlichen als auch aus Privatmitteln vom Gesetzgeber unterlagt worden.

Nach § 46 Einleitung zum Allgemeinen Landrecht „darf bei Entscheidung streitiger Rechtsfälle der Richter den Gesetzen keinen anderen Sinn beilegen, als welcher aus den Worten und aus dem Zusammenhange derselben in Beziehung auf den streitigen Gegenstand oder aus dem nächsten unzweifelhaften Grunde des Gesetzes deutlich erhellt.“

An der Hand dieser, zur Erforschung der Willensmeinung des Gesetzgebers dem Richter gegebenen Auslegungsregeln muß dem Kläger darin beigegeben werden, daß zunächst der allgemeine Sprachgebrauch einer Beschränkung des fraglichen Verbots auf den Bezug aus öffentlichen Mitteln nicht das Wort redet, denn, wenn man auch bezüglich des Wortes „Befolgung“ die Anwendung auf eine aus öffentlichen Kassen gewährte Vergütung für allgemein üblich zugeben will, so wird doch das Wort „Entschädigung“ ganz allgemein, ohne Rücksicht auf die Bezugsquelle, angewendet, um eine zur Ausgleichung einer erlittenen oder drohenden Vermögensverminderung bestimmte Zuwendung zu bezeichnen.

Mit dem Worte „beziehen“ hat der Gesetzgeber die Ausschließung privater Zuwendung nicht im Auge gehabt, denn nicht nur spricht man im gemeinen Leben vom Bezuge fortlaufender Vergütung, beziehungsweise Entschädigung aus dem Vermögen von Privatpersonen, — es sei erinnert an die Bezüge von Renten, welche verunglückten Fabrikarbeitern seitens der Fabrikherren zu gewähren sind, — es ist auch, wie Berufungsläger zutreffend hervorhebt, in anderen Gesetzeswerken, so in Nr. 3 § 7 und 9 der deutschen Civilproceßordnung, jenes Wort gerade im Hinblick auf solche Zuwendungen zur Anwendung gebracht, welche aus Privatmitteln gewährt werden.

Wie das Reichsgericht vollständig im Einklange mit der im § 46 a. O. aufgestellten Auslegungstheorie betont, ist es unzulässig, in eine Gesetzesbestimmung Beschränkungen hineinzutragen, welche die in sich deutlich gefaßte Bestimmung nicht ausdrückt, falls nicht die Nothwendigkeit solcher Beschränkungen sich aus dem unzweifelhaften Grunde der Bestimmung oder aus dem sonstigen Inhalte der Gesetze ergibt. (Entscheidung vom 9. Juni 1883. Entscheidungen in Civilsachen. Band IX Seite 395.)

Nun aber läßt, um zunächst die letztgedachte Richtung ins Auge zu fassen, weder aus der Tendenz, welche das Gesetzeswerk der Reichsverfassung verfolgt, noch aus sonstigen Einzelbestimmungen derselben die Nothwendigkeit einer Beschränkung des im Artikel 32 enthaltenen Verbots auf den Bezug aus öffentlichen Kassen sich ableiten. Trägt auch die Reichsverfassung in den Einleitungsworten, denen zufolge der den Namen „Deutsches Reich“ führende Bund den Schutz des Landesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie die Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes bezweckt, vorzugsweise den politischen und öffentlichen rechtlichen Charakter des ganzen Gesetzesverbotes an der Stirn, so hat doch der Gesetzgeber dieser Aufzählung der Zwecke der neuen Organisation in Ansehung der privatrechtlichen Verhältnisse der Reichsangehörigen sich nicht die Hände gebunden, denn mit der Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes ist ein Eingriff in jene Verhältnisse nicht unvereinbar, und in der That läßt sich auch in mehrfachen Beziehungen, so z. B. im Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 41 Absatz 2 und 3 ein Eingreifen des Gesetzgebers nach der gedachten Richtung hin klar erkennen. Es findet sich aber auch sonst in der Verfassung keine Vorschrift, welche den Interpreten des Gesetzes zu einer Beschränkung des in Rede stehenden Verbots nach Maßgabe der Auffassung des Beklagten führen müßte. Dagegen aber spricht der dem Artikel 32 zu Grunde liegende Gedanke des Gesetzgebers, die ratio legis, geradezu gegen die vom Beklagten gewollte Einschränkung des Verbots.

Ganz richtig steht der Kläger in dem Verbot von Zuwendungen, beziehungsweise in dem Wegfalle von Entschädigungen ein Sicherungsmittel gegen die möglichen, das öffentliche Wohl gefährdenden Wirkungen des durch Artikel 20 der Reichsverfassung eingeführten allgemeinen und directen Wahlrechts. Daß der Artikel 32 seinen Grunde und Zwecke nach in diesem Sinne verstanden werden sollte und wirklich auch so verstanden worden ist, darüber lassen sich die vom ersten Richter und wiederholt vom Berufungsläger in Bezug genommenen Verhandlungen des deutschen Reichstages keinen Zweifel. In dieser Beziehung sei hervorgehoben, daß zunächst bei Vernehmung des, eine Bestimmung über den Bezug oder Nichtbezug von Diäten nicht enthaltenden Entwurfs des Wahlgesetzes für den constituirenden Reichstag des Norddeutschen Bundes, in Folge Annahme des Antrages auf Einführung des Diätenbezuges, Einverständnis darüber sich kundgegeben hat, daß der Wegfall von Diäten eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts enthalten würde; daß ferner bei Vernehmung des Entwurfs der Verfassung des Norddeutschen Bundes, welcher im Artikel 29 das demnach und zwar wörtlich in die deutsche Reichsverfassung unter Artikel 32 übergegangene Verbot des Bezuges einer Befolgung oder Entschädigung enthielt, vom Bundesrathsstiche aus, und zwar durch den Mund der Bundescommissare Graf v. Eulenburg und Freiherrn v. Friesen, die Diätenlosigkeit der Mitglieder des Reichstages als ein notwendiges Correctiv und Gegengewicht gegenüber der Einführung des allgemeinen Wahlrechts ausdrücklich bezeichnet, und daß andererseits von einzelnen Abgeordneten, so unter Anderen von Schulze-Delitzsch, gerade deshalb, weil die Entziehung von Diäten auf eine Verfehrung des allgemeinen, gleichen directen Wahlrechts hinauslaufe, das in dem Verfassungsentwurfe enthaltene Verbot bekämpft worden ist.

Nun aber leuchtet ein, daß — wie in dem Wahlgesetz für den Reichs-

tag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 durch Ausschließung der eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehenden Personen von der activen und passiven Wahlberechtigung zum Ausdruck gekommen — das Gesetz nur solche Personen als Reichstags-Abgeordnete zulassen will, welche im Stande sind, die Kosten ihres Aufenthaltes in Berlin selbst zu bestreiten, daß andererseits die bei dem Nichtvorhandensein dieser Voraussetzungen aus der Einführung des allgemeinen und directen Wahlrechts entstehenden Mängel in weit größerem Maße hervortreten, wenn der Abgeordnete auf Unterstützung aus Privatmitteln angewiesen ist, als wenn die Staatskasse die Deckung des erforderlichen Aufwandes übernimmt. Mit dem Bezuge von Diäten aus Privatmitteln ist die Freiheit des Abgeordneten in der Kundgebung seiner Willensmeinung gefährdet; dieser im Artikel 29 der Verfassung durch die Bestimmung:

„Die Mitglieder des Reichstages sind Vertreter des gesammten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden,“ vorgegebenen Gehalt wird nun aber durch das im Artikel 32 enthaltene Verbot nur dann vorgebeugt, wenn dasselbe als Unterjagung jedweder Unterstützung, die komme aus öffentlichen oder Privatmitteln, aufgefaßt wird.

Der erste Richter ist bei Erforschung der Willensmeinung des Gesetzgebers zu einer entgegengegesetzten Auffassung, nämlich zu der Annahme gelangt, daß mit Artikel 32 die Annahme von Zuwendungen von Privatpersonen nicht hat verboten, daß vielmehr nur hat verhindert werden sollen, daß ohne Verfassungsänderung weder durch Reichsgesetzgebung noch durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten die bisher in fast sämtlichen Einzelverfassungen aus öffentlichen Mitteln bewilligten Zuwendungen zur Zeit nicht gewährt, auch später nicht eingeführt werden. Dieses Ergebnis wird von ihm gewonnen einmal durch einen vergleichenden Blick auf den, den Bezug von Reisekosten und Diäten aus der Staatskasse für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses einführenden Artikel 85 der älteren Verfassungsurkunde für den preussischen Staat, sodann durch Eingehen auf die Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes vom Jahre 1867. Hiergegen ist nun aber, und zwar zunächst bezüglich der Heranziehung des Artikels 85 der Preussischen Verfassungsurkunde zu bemerken, daß bei authentischer Interpretation eines Reichsgesetzes ein Hineingreifen in nicht reichsrechtliche Gesetzeswerke nicht zulässig erscheint, daß aber auch bei Vergegenwärtigung des Gedankenanges des Verfassers des Artikels 29 der Verfassungsurkunde für den Norddeutschen Bund eine entgegengegesetzte Annahme, nämlich die, den Vorzug verdienen dürfte, daß durch die Wahl der offenbar weiter gehenden Worte „Befolgung“ und „Entschädigung“ jedwede Zuwendung, ohne Unterschied der Bezugsquelle, hat getroffen werden sollen.

Geradezu nicht verwerthbar, wenigstens nicht im Sinne der erstirrtlichen Auslegung, stellen sich die über Artikel 29 jetzt Artikel 32 der Reichsverfassung gepflogenen Reichstagsdebatten dar. Wenn auch, nachdem in Preußen zwei repräsentative Körperschaften, das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus, zur Gesetzgebung mitberufen, und ferner die Reichsgesetzgebung ausschließlich in die Hand zweier solcher Körperschaften, den Bundesrath und den Reichstag, gelegt worden, es zulässig erscheint, die in diesen Körperschaften gepflogenen Verhandlungen als Gesetzesmaterial in der Weise anzusehen, daß bei Erfolglosigkeit der grammatischen und logischen Auslegungsweise eine Erläuterung der Worte des Gesetzes aus jenen Verhandlungen stattfinden darf, so kann doch, um bei der Reichsgesetzgebung stehen zu bleiben, den Äußerungen einzelner Bundesrathsmitglieder oder Reichstagsabgeordneten nur dann Gewicht beigelegt werden, wenn erhellt, daß die betreffende Erklärung in der Mehrheit der Mitglieder der Körperschaft Zustimmung gefunden hat, denn sowohl der Bundesrath, als auch der Reichstag äußert sich mit wirkender Kraft nur durch Mehrheitsbeschlüsse (Artikel 5, Absatz 1 der Reichsverfassung).

Nun aber giebt keine der vom Bundesrathsstiche aus gehaltenen Reden, insbesondere auch nicht die vielbesprochene Rede des Vorstehenden der Bundescommissare, damaligen Grafen von Bismarck, in der Sitzung vom 16. April 1867 Zeugnis von einer Auffassung des in Rede stehenden Verbots in der Beschränkung desselben auf den Bezug aus öffentlichen Kassen, andererseits lassen zwar die Äußerungen einzelner Reichstagsabgeordneten, insbesondere die vom ersten Richter angezogenen Reden der Abgeordneten Schulze-Delitzsch und von Benningsen erkennen, daß von einzelnen Mitgliedern des Reichstages das fragliche Verbot in beiderlei Sinne gedeutet worden, für die Annahme aber, daß die Mehrheit der für den Bundesraths-vorschlag in der dargebotenen Fassung eingetretenen Stimmen von der, überdies noch in Tone des Zweifels, von dem Abgeordneten von Benningsen kundgegebenen Auffassung geleitet worden, dafür fehlt durchaus jeglicher Anhalt.

Nöthigen sonach auch die Gesetzesmaterialien nicht dazu, den Worten einen anderen Sinn beizulegen, als welcher die grammatische und logische Auslegungsweise zu Tage befördert, so muß an dem Ergebnisse dieser Förschung festgehalten werden, dieses Ergebnis aber duldet, wie oben gezeigt, hinsichtlich der Bezugsquelle eine Einschränkung des Verbots der Annahme von Zuwendungen nicht. Demnach ist die oben aufgeworfene Frage, ob durch Artikel 32 der Reichsverfassung den Reichstagsabgeordneten die Annahme von Diäten von Privatpersonen ausdrücklich verboten ist, zu bejahen. — Es fragt sich nun weiter, ob das vom königlich preussischen Fiskus gestellte Verlangen auf Rückzahlung der von dem aus dem Diätenfonds seiner Partei, unentgeltlich als liberale Zuwendung empfangenen und angenommenen Geldebeträge nach den Vorschriften des Preussischen Allgemeinen Landrechts begründet ist. In dieser Beziehung

Kleine Chronik.

Breslau, 25. October.

Kaulbars. Ueber das Geschlecht, dem der General Kaulbars entstammt und das schwedisch-deutschen Ursprungs ist, theilt „Smaland's Allshanda“ folgende Einzelheiten mit: Im Jahre 1653 erhielt der damalige Mittmeister bei dem Leibregiment, Johann Kaulbars, gebürtig aus Pommern, die schwedische Adelschaft und das Gut Lebova in Livland als Lehen. Sein Enkel, der Hauptmann bei dem Upländischen Infanterie-Regiment, Hermann Johann v. Kaulbars, zog nach dem Frieden mit Rußland im Jahre 1721 nach Livland, wo er als Mittmeister in russische Dienste trat. Sein jüngster Sohn, der russische Generalleutnant Karl Ludwig von Kaulbars, der Lebova nebst zwei anderen Gütern, Raggajahr und Wödders, in derselben Provinz besaß, starb im Jahre 1788 und mit ihm erlosch das abgite Geschlecht auf der Schwertseite. Der Better seines Vaters, General Johann Frederik v. Kaulbars, war indessen im Jahre 1751 in den herrlichen Stand erhoben worden. Sein jüngster Enkel Freiherr Reinhold August von Kaulbars, geboren im Jahre 1761, von dem vorerwähnten Generalleutnant v. Kaulbars vor dessen Tode zum Erbherrn der obgenannten Güter ausersehen, zog aus dieser Veranlassung nach Livland und wurde dort Mittmeister und russischer Unterthan. Der Abstammung dieses Mannes ist der gegenwärtig so viel erwähnte General Freiherr von Kaulbars, der also in eben angeführter Weise aus Schweden nach Rußland gekommen ist. Die in Schweden gebliebene Familie erlosch auf der Schwertseite im Jahre 1874 mit dem Major Freiherrn Gustav Wilhelm von Kaulbars, dessen Tochter die einzige dieses Namens in Schweden ist.

Confiscation wegen eines Theaterreferats. In Reichenberg in Böhmen vergeht kaum eine Woche, ohne daß die eine oder die andere dort erscheinenden beiden deutschen Zeitungen der Confiscation anheimfällt. Dieser Tage trat der Fall ein, daß eine Zeitung wegen eines — Theaterreferats confiscirt wurde. Am Mittwoch wurde im neuen Stadttheater, das unter Leitung des bekannten Directors Marwitz steht, Schweiher's altes Intignen-Lustspiel „Drei Staatsverbrecher“ nach langjähriger Ruhe aufgeführt. Am dritten Acte, zwölfte Scene, sagt der Darsteller des Lamare: „Wehe dem Staate, der in Gefahr ist, wenn ein freies Wort ertönt!“ — Bei diesen Worten erhob sich das gesammte Publikum im fast ausverkauften Hause, und lang andauernder Applaus ertönte. Wegen Besprechung dieser Scene in Verbindung mit den Zeitungs-Confiscationen wurde das Blatt vom Staatsanwalt confiscirt.

Die Nothleine. In einem von Görlitz nach Dresden fahrenden Eisenbahnzuge befand sich eine Dame, welche kurz nach der Abfahrt von Station Gersdorf plötzlich die Nothleine zog. Alle Passagiere ergriff großer Schrecken, als plötzlich der Zug anhält. Die Coupéthüren wurden geöffnet. Zugführer und Schaffner eilen von Wagen zu Wagen, um Nachfragen zu halten — da sieht ein Damengesicht aus dem Coupéfenster heraus, ruft den Herrn Inspector und sagt in recht verbindlicher Weise: „Ach, verzeihen Sie, mein Herr, daß ich so frei war, mich der Nothleine zu bedienen; — ich habe am Billetdialler auf dem Bahnhof in Görlitz mein Portemonnaie mit 100 M. liegen lassen, wollte nur hiervon Melbung machen, damit die nöthigen Schritte zur Wiedererlangung des Geldes geschehen können. Bitte, jetzt kann die Fahrt weiter fortgesetzt werden.“

Eine Berliner Gerichtsverhandlung. „Warum ist die Malerei an den Nagel gehängt habe? Weil ich sie auf die Beene nicht mehr i. r. kann, des ist unheilbar einfach. Ich habe mir aus diesem Grunde die Musik

gelegt und spiele die Drehorgel.“ Der ehemalige Maler Adolph Reiche gab diese Erklärung vor dem Schöffengerichte ab, indem er seine bis über den Nacken hinabfallenden Locken großentheils schüttelte und mit etwas zitternden Fingern seinen ungeheuren Knebelbart zwirbelte. — Vors.: Sie sind nun von der Polizei mit einem Strafmandat in Höhe von 3 M. bedroht worden, weil ihr zehnjähriger Sohn unbefugter Weise Musik auf einem fremden Hofe gemacht hat, warum haben Sie denn hiergegen Widerspruch erhoben? — Angekl.: Warum? Weil ich mir nicht nich bewußt und unschuldig bin, det is ungeheuer einfach. — Vors.: Dann erzählen Sie kurz, wie sich die Sache verhalten hat. — Angekl.: Det is ungeheuer einfach. Wat der Schußmann is, der mir denuncirt hat, der hat schon lange eine Bife uf mir, det er mir mal rinlegen kann, un uf meinen Emil ooch, indem ich den Jungen bei mein Gefäßt brauchen dhue. Er spielt Jhnen nämlich die Trommel zu meine Orgel und is een heller Junge, der wat gelernt hat, det kann ich als Vater dröffte sagen. An den selbichten Morien bin ich uf 'ne Gefäßtsreise mal in 'ne Destille rinjungen un habe den Kasten draußen lassen un zu 'emilen gesagt: „Du pag uf ihr uf, det die Jungsens nich an ihr ranjehen.“ Un ich erzähle noch die Jäfte jerade, det mein Junge wisse heller is als 'en Schußmann un sich nich von so Geken rinlegen läßt, da kommt mein Feind, jerade diejer Schußmann ooch rin, kiest sich un, wie Napoleon bei Leipzig, un nimmt denn gleich den Mund un beide Backen voll un schmaußt mir an, wat mein Junge uf'n Hof zu spielen hat, diemeilen ich in die Destille runjelen dhue. Ich sage denn bloß „Nanu?“ und gerathe mit ihm in en Wortjespräch un sage, det kann nich möglich sind. Nu hat sich die Sache denn doch so zujetragen, det mein Kleener, wat en jeriebener Kopp und 'ne riechdie Bolle is, den dauert det draußen zu lange und er fagt zu'n anderen Jungsens: Du hude mir den Kasten mal uf! un jehet, der Deibel hol's, mit det Dings uf'n Hof und jieht da uf eejene Hand 'ne Vorstellung. Aber kann ich als Vater da wat vor und muß en'n Daler berappen? — Vors.: Die Zeugen werden uns aber bekunden, daß die Sache sich anders verhält. Sie sollen mit Jhrem Jungen und mit der Orgel auf den Hof gekommen sein, haben dann Jhrem Sohn gefagt, er solle nur spielen und Sie sind in die Destillation gegangen. — Angekl.: Da brauchen Se bloß meinen Emil zu fragen, ich habe ihn mitgebracht, von den kenne Se sich Bescheide holen, det is en heller Kopp. — Vors.: Nun, wir wollen uns den hellen Jungen mal ansehen. Der zehnjährige Nachschaaire Bude, der auf den Ruf des Nuntius den Saal betritt, ist der Typus eines Berliner Straßenjungen. Nachdem er Name und Alter angegeben, fragt ihn der Präsident, welcher Confession er angehöre, ob er evangelisch oder katbolisch sei. — „Det wech ich nich,“ antwortete der „helle Kopp.“

Vors.: Geßt Du in die Schule? — Zeuge: Nu natierlich, muß ja, ich jehe in die Gemeindefchule. — Vors.: Kennst Du die sieben Gebote? — Zeuge: Ja, det dhü ich. — Vors.: Wie seigt denn das zweite Gebot? — Zeuge schweigt. — Vors.: Nun, Angeklager, da sehen Sie, wie es mit dem hellen Kopf Jhres Jungen beschaffen ist, Sie sollten ihn lieber zum Lernen anhalten anstätt zum Trommelschlagen. — Angekl.: Mit 'en Schußmann nimmt er et aber noch alle Tage uff, det is ungeheuer einfach. — Vors.: Wenn Sie noch einmal derartige beleidigende Bemerkungen machen, lasse ich Sie auf der Stelle in Haft nehmen. — Angekl.: Ich mir ooch eenjal, aber da nlich is der Beigel nich, der is heller, det wech ich besser. — Da aus dem hellen Kopfe des jugendlichen Zeugen nichts herauszubringen ist, so wird der Schußmann vernommen und giebt dessen belastende Aussage im Sinne der Anklage dem Reichs Veranlassung zu spielen Unterbrechung gen. „Det is ne jrundemeine Leje!“ ruft er wiederholt und nuf der Hand angemuth des Vorstehenden hat er es zu verdamnen, daß

dem Antrage des Staatsanwalts, ihn wegen ungebührlichen Benehmens sofort zu verhaften, nicht stattgegeben wird. Die Verhandlung endet mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 3 M. event. 2 Tagen Haft, auch werden ihm die Kosten des Termins auferlegt. „Det is keine Jerechtigkeid nich, komm Junge, wir jehn ant Kammergericht, da kommt et anders,“ und mühsend verläßt der Barde mit seinem Knaben den Gerichtssaal.

Folgende humoristische Verlustanzeige widmet der Karlsruher Hofmusik Fritsche seinem verlorenen Fiedelbogen in der „Bad. Wöztg.“: „Nachruf. Ein Liebeswohl meinem Violinbogen, der in Begleitung eines seiner Kollegen am 7. d. M. in Dos beim Wagenwechsel in einem Coupee zweiter Klasse liegen blieb und die Weiterreise Basel zu machte. Nicht so sehr sein reeller, als vielmehr sein ideeller Werth läßt mich seinen Verlust schmerzlich empfinden. Der Bogen war früher im Besitz eines der nennenswerthe deutschen Musiker und ein Familienerbstück. Sechzehn Jahre war er mir ein treuer Begleiter und die beste Stütze meiner musikalischen Thaten. Sollte sich sein jetziger Besitzer zu einer Rückgabe gegen 20 Mark und Befassung des zweiten Bogens (hellerer Farbe) nicht entschließen können? Dank, großen Dank würde er sich verdienen. — Wenn der Bogen jedoch in die Hände eines raubherzigen Geistes kam, der meiner Bitte taub ist, nun, so möge jedes seiner Haare zur Grinne werden und ihm allmächtig einen Todtentanz geigen, der ihm der Stunden Wechsel zur Qual werden und sein Gewissen nie zur Ruhe kommen läßt.“

Rein Froher soll seiner sich freun,
Wer ihn besitzt, den zehre die Sorge,
Und wer ihn nicht hat, den nage der Reid,
Reiner genieße mit Jagen sein!
Ohne Wucher hüt ihn sein Herr;
Doch den Würger jieh' er ihm zu!
Dem Tode verfallen, fehle den Feigen die Furcht,
So lang' er lebt, sterb' er lebend dahin,
Des Bogens Herr als des Bogens Knecht:
Bis in meiner Hand den verlor'nen wieder ich halte!“
F. Fritsche, Hofmusik.

Theater- und Kunstnotizen.

Das „Berl. Tagbl.“ erfährt, daß der Director der königl. Hofschauspiele, Herr Arthur Deeb, dem General-Intendanten Grafen Hochberg in diesen Tagen eine ziemlich umfangreiche Denkschrift überreicht hat, in welcher der Verfasser manche Unvollkommenheiten in der bisherigen Leitung des genannten Institutes (Personal-Lücken, Repertoire-Mängel etc.) — unter Angabe der betreffenden Verbesserungsvorschläge — nachweist. Gleichzeitig hat Herr Deeb in dem erwähnten Schriftstück das Erluchen ausgedröckt, sein Amt in die Hände seines neuen Chefs zurücklegen zu dürfen, falls nach sorgfältiger und eingehender Prüfung die Ansicht plagreifen sollte, daß die künstlerischen und geschäftlichen Grundbände des Intendanten und des Directors nicht vollkommen im Einklange zu bringen wären.

Am Sonnabend wurde das neue Ballet „Deutsche Märsche“ von Holzbach und Froppart im Opernhaus mit gutem Erfolg zum ersten Mal aufgeführt. Als Curiosität erzählt die „Wöztg.“, daß im dritten Bild, das 1813, in einer kleinen rheinischen Stadt spielt, auf dem Markt das Breslauer Rathhaus zu sehen ist. — Der Kaiser wohnte der Vorstellung bei.

Im Berliner Ostend-Theater wurde am Sonnabend Wilbenbruchs Schauspiel: „Das neue Gebot“ zum ersten Mal gegeben und erzielte einen großen Erfolg. Auch die Darstellung wird von der Kritik gelobt.

Verantwortlich: f. d. politischen und allgemeinen Theil: J. Seckles; f. d. Feuilleton: Karl Vollrath; f. d. Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau. Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.